

Erklärung zum EU-Konjunkturprogramm und den Strategien der Gewerkschaften im Zusammenhang mit COVID-19

Gemeinsam für eine soziale und nachhaltige EU-Konjunkturstrategie

Dokument verabschiedet vom 18. Exekutivausschuss von industriAll Europe
Online Sitzung, 24.-25. November 2020 | 2020/111

Die aktuelle Pandemie und ihre Folgen haben die Arbeitnehmer*innen in fast allen Industriebranchen und in ganz Europa hart getroffen. Die vorliegenden Wirtschaftsdaten zeigen einen beispiellosen wirtschaftlichen Abschwung, der wahrscheinlich zu Massenarbeitslosigkeit führen wird. Eine Reihe groß angelegter Unternehmensumstrukturierungen wurde bereits angekündigt, und weitere werden folgen. Da es in vielen Ländern zu einer zweiten Infektionswelle gekommen ist, ist eine signifikante wirtschaftliche Erholung für 2021 äußerst ungewiss.

Der Konjunkturaufschwung muss für alle gewährleistet sein. Er darf nicht auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer*innen gehen. Daher sind ein aktiver sozialer Dialog und die umfassende Einbeziehung der Gewerkschaften in die Formulierung und Umsetzung der Konjunkturprogramme auf europäischer, nationaler, regionaler und sektoraler Ebene von entscheidender Bedeutung. Bislang kam die öffentliche Unterstützung vor allem größeren Unternehmen zugute, obwohl einige besonders betroffene Volkswirtschaften in hohem Maße von kleinen und mittleren Unternehmen abhängig sind. IndustriAll Europe hat sich lautstark für das Erfordernis sozialer Auflagen im Zusammenhang mit öffentlichen Beihilfen ausgesprochen. Aber selbst wenn solche Auflagen vorgesehen wurden, gibt es keinerlei soziale Kontrolle, ob diese Auflagen auch erfüllt werden, so dass Unternehmen, die Beihilfen erhalten, in einigen Fällen trotz nationaler Verfügungen weiterhin Dividenden an ihre Aktionäre zahlen können. Darüber hinaus besteht ohne wirksame Koordinierung innerhalb der EU und zwischen den Ländern die große Gefahr, dass die Wirkung der konjunkturpolitischen Maßnahmen durch eine Fragmentierung geschwächt und die regionalen und sozialen Ungleichheiten verstärkt werden. Der Aufschwung muss die industrielle Transformation unterstützen und gleichzeitig einen gerechten Rahmen für den Übergang bieten, damit niemand und keine Gemeinschaft zurückbleibt.

Schließlich müssen die Schäden an der psychischen Gesundheit der Menschen bewertet und behoben werden. Neben dem menschlichen Aspekt wird die Moral der Arbeitnehmer*innen für die Konjunkturerholung von entscheidender Bedeutung sein und muss für alle, die am Ausweg aus der Krise

beteiligt sind, von Interesse sein. Der Schwerpunkt sollte auf einer kontinuierlichen Bestandsaufnahme und Analyse der Dysfunktionen, Stärken und Schwächen unserer Fähigkeit liegen, diese Krise zu antizipieren und zu überwinden.

Wir haben einen Deal: jetzt müssen die Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze und der Arbeitnehmer*innen folgen

IndustriAll European Trade Union begrüßte die historische Einigung im Europäischen Rat im Juli 2020 über eine Aufbau- und Resilienzfazilität und einen mehrjährigen Finanzrahmen für 2021-27, deren Fokus darauf liegt, in unseren Ausweg aus der durch die globale Covid-19-Pandemie angeheizten wirtschaftlichen und sozialen Krise zu investieren. Wir haben in unseren Forderungen an die europäischen Staats- und Regierungschefs, die politischen Entscheidungsträger und die Arbeitgeber dargelegt, wie das 1,8 Billionen Euro schwere Konjunkturpaket genutzt werden sollte, um Arbeitsplätze und Kaufkraft zu schützen und die langfristige Nachhaltigkeit unserer Industrien durch die im Green Deal und in der industriepolitischen Strategie der EU vorgesehene Umgestaltung sicherzustellen. Die COVID-19-Krise hat die Transformation beschleunigt, die sich in vielen Branchen infolge der Klimaschutzmaßnahmen und der Digitalisierung bereits vollzogen hat. Diese Transformationen müssen durch einen gerechten Übergang für die Arbeitnehmer*innen und die am stärksten betroffenen Regionen erfolgen.

Wir brauchen dringend eine starke politische Führung in Europa, um die Spaltungen zwischen den Mitgliedstaaten zu überwinden. Jede weitere Verzögerung bei der Umsetzung des europäischen Konjunkturpakets würde unsere gemeinsamen Anstrengungen und unsere Industrien untergraben. IndustriAll Europe ruft die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, die anstehenden Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, um die Reaktion auf eine Wirtschaftskrise, die Millionen von Männern und Frauen in den Industriesektoren in ganz Europa trifft, rasch zu verstärken. Es ist von größter Wichtigkeit sicherzustellen, dass der beispiellos hohe zur Verfügung stehende Betrag für die Finanzierung eines fairen und transformativen Aufschwungs verwendet wird, der allen zugutekommt.

Daher ist die Entscheidung des Europäischen Rates, die Rolle des EU-Haushalts bei der Konjunkturerholung zu schwächen, besorgniserregend, auch wenn der Gesamtimpuls ein wichtiger Schritt nach vorn für die EU ist. Wir fordern ein Ende der Vorschläge zur Kürzung der Mittel der wichtigsten EU-Finanzierungsprogramme; dies gilt insbesondere für den Just Transition Fund, ESF+, InvestEU, Horizon Europe, ReactEU, und die Wiederherstellung des Solvenzhilfefonds. Ein Liquiditätseingpass bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Geld aus dem Sanierungsfonds bereitsteht, muss um jeden Preis verhindert werden, damit es nicht zu einem Anstieg der Arbeitsplatzverluste, Unternehmensschließungen oder einer Explosion von Ungleichheit und Armut kommt. Da Liquidität ein großes Problem darstellt und das voraussichtliche Ende der nationalen Moratorien zum Schutz vor Entlassungen bevorsteht, sind die Industriebeschäftigten zutiefst besorgt darüber, was die Zukunft bringen wird.

Die Mitglieder und Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe hatten gehofft, dass die im Frühjahr und Sommer verhängten Maßnahmen und Lockdowns die Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit, mit der wir in Europa und auf der ganzen Welt konfrontiert sind, lösen würden. Leider war das nicht der Fall. Da viele Länder von einer zweiten Pandemiewelle erfasst werden, kommt es zu neuen Restriktionen. Der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer*innen muss oberste Priorität haben, bis der Gesundheitsnotstand überwunden ist. Es ist entscheidend, dass die Arbeitsorganisation unter umfassender Achtung der aktualisierten Gesundheits- und Sicherheitsprotokolle zum Schutz vor COVID-19 erfolgt (notwendige Schutzausrüstung, Zugang zu Hygienematerial, Einhaltung der sozialen Distanz). Es muss darauf geachtet werden, dass die Gesundheitssysteme neue Erkenntnisse darüber berücksichtigen, wie die Gesundheit der Arbeitnehmer*innen geschützt werden kann. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Freistellung von Pflegenden müssen garantiert sein. Arbeitnehmer*innen mit Vorerkrankungen müssen ohne soziale Kontakte sicher arbeiten können oder von der Arbeit freigestellt werden, während sie weiterhin ihr volles Einkommen beziehen.

Die Gewerkschaften müssen umfassend einbezogen werden. Bei Ausbruch der Pandemie haben sich Tarifverhandlungen und die Einbindung der Arbeitnehmer*innen in die rasche Umgestaltung der Arbeitsorganisation und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bewährt. Die „neue Normalität“ mag einigen Arbeitnehmer*innen einige Vorteile gebracht haben, aber sie steht in keinem Verhältnis zur Intensivierung der Arbeit durch die Digitalisierung, die den Druck auf die Arbeitnehmer*innen erhöht und zu einer verstärkten Automatisierung, Robotisierung und Überwachung am Arbeitsplatz geführt hat. Die Telearbeit, die manchmal oktroyiert und unerwünscht ist, hat sich weiterentwickelt, aber nicht ohne eine Reihe von Problemen aufzuwerfen (Isolation, Kostenausgleich insbesondere für die Beschäftigten).

Ohne eine effektive und angepasste Arbeitsorganisation und Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften besteht die Gefahr, dass Chancen für beiderseitige Vorteile verpasst werden und Ausbeutung und andere Gesundheits- und Sicherheitsrisiken zunehmen. Digitale Investitionen müssen zu besserer Arbeit, besseren Arbeitsplätzen und einer besseren Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben führen. Wir beobachten in Europa mit Besorgnis eine Schwächung der Tarifverhandlungssysteme und Arbeitsbeziehungen in unterschiedlichem Ausmaß. Die Arbeitgeber stellen bewährte Vereinbarungen und Verhandlungen in Frage stellen, die Gewerkschaften werden von der Politikgestaltung ausgeschlossen und die Arbeitnehmer- und Sozialrechte eingeschränkt.

Viele Unternehmen nutzen die Situation aus und COVID-19 als „Deckmantel“, um umfassende Umstrukturierungsprogramme durchzuführen und die Arbeitnehmer*innen innerhalb und zwischen den Ländern gegeneinander auszuspielen. Wir müssen gegen diese Methoden vorgehen und länderübergreifende Solidarität zwischen unseren Mitgliedern aus verschiedenen Ländern aufbauen. Darüber hinaus haben die Arbeitgeber in einigen Ländern damit begonnen, Stellenkürzungen anzukündigen, anstatt auf hart erkämpfte nationale Regelungen zum Schutz der Arbeitsplätze zurückzugreifen, die verlängert wurden. IndustriAll Europe ruft die Arbeitgeber auf, im langfristigen Interesse aller zu handeln und zunehmende Unsicherheit und Ungewissheit nicht zu verstärken.

In Anerkennung der Tatsache, dass sich die industrielle Realität und die politischen Rahmenbedingungen derzeit sehr unterscheiden, legt industriAll Europe eine Reihe von Forderungen und Empfehlungen für die politischen Entscheidungsträger in der EU und darüber hinaus vor, um sicherzustellen, dass das Konjunkturprogramm seinem Potenzial und den Bedürfnissen der europäischen Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen gerecht wird.

Konjunkturfonds müssen die Transformation der Industriearbeitsplätze unterstützen

Nach der Einigung des Europäischen Rates im Juli hatten die nationalen Regierungen bis zum 15. Oktober Zeit, ihre nationalen Prioritäten vorzulegen. Die detaillierten Projekte müssen bis Ende April 2021 vorgelegt werden. IndustriAll Europe besteht darauf, dass diese Pläne von der Europäischen Kommission in transparenter Weise veröffentlicht werden, so dass eine vollständige Kontrolle darüber möglich ist, wohin die öffentlichen Gelder gelenkt werden. Die Projekte müssen heute und in den Industrien von morgen gute Arbeitsplätze schaffen und erhalten und dürfen keine reinen „Eitelkeitsprojekte“ sein. Die Unterstützung einzelner Unternehmen muss an rechtsverbindliche Garantien in Bezug auf Beschäftigung und Investitionen zur Modernisierung von Anlagen und Produktionsstätten geknüpft sein. Darüber hinaus sind Steuerhinterziehung, Zahlung von Dividenden, Massenentlassungen oder die Umgehung von Tarifverträgen nicht mit der Gewährung öffentlicher Unterstützung vereinbar. Aufmerksamkeit muss den kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständigen geschenkt werden, die stark in Mitleidenschaft gezogen wurden und nicht in der Lage waren, die notwendigen Sicherheitspuffer aufzubauen.

Der Übergang zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft erfordert massive Investitionen, um die Produktionsanlagen und Infrastrukturen anzupassen und einen gerechten Übergang für die Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten. Die Ziele des Green Deal und insbesondere die mögliche Revision der Klimaziele für 2030 werden die Investitionslücke, die zur Erreichung der Klimaziele überbrückt werden muss, erheblich vergrößern. Bei dem Wettlauf um die Erreichung dieser Ziele dürfen die Arbeitnehmer*innen nicht vergessen werden. Die EU braucht eine nachhaltige und robuste Industriepolitik, um den Übergang zu steuern. Ein „Target and Market“-Ansatz wird nicht zum Erfolg führen. Eine Politik nach dem Motto „One size fits all“ wird die regionalen Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern unweigerlich verstärken. Daher sind kohärente und koordinierte Strategien, die auf unterschiedliche nationale und regionale Kontexte eingehen, von wesentlicher Bedeutung. Der EU-Haushalt und die Aufbau- und Resilienzfazilität müssen Projekte unterstützen, die im Einklang mit den politischen Zielen des Europäischen Grünen Deals stehen, und gleichzeitig sicherstellen, dass kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin beim ökologischen Übergang zurückbleibt. Es müssen ausreichend Mittel für einen gerechten Übergang bereitgestellt werden, insbesondere in den am stärksten betroffenen Regionen, und es muss sichergestellt werden, dass den Arbeitnehmer*innen in diesen Regionen qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Möglichkeiten zur Umschulung und Weiterbildung geboten werden. Darüber hinaus müssen aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, einschließlich Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen - die unter enger Einbeziehung der

Sozialpartner konzipiert werden - Umschulungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer*innen vorsehen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, damit sie in ihren Branchen (Fertigung, Energie usw.) bleiben und ihr Fachwissen erhalten können. Maßnahmen zur Bewältigung des wirtschaftlichen Abschwungs, wie z.B. Kurzarbeitsprogramme, müssen mit Weiterqualifizierung kombiniert werden.

Gleichzeitig bietet das Konjunkturprogramm der EU die Möglichkeit, die digitale Autonomie der EU zu stärken. Die EU-Digitalstrategie bietet einen weiteren wichtigen Kompass, Investitionen voranzutreiben. Die neue industriepolitische Strategie der EU und ihre 14 Ökosysteme, der EU-Masterplan für energieintensive Industrien oder der Bericht über strategische Wertschöpfungsketten aus dem Jahr 2019 bieten eine Liste von Prioritäten, die finanziert werden müssen, um die EU-Industrie auf die vor uns liegenden Herausforderungen vorzubereiten, vor allem auf Dekarbonisierung und Digitalisierung. Eine Reihe von Industrieallianzen und wichtigen Projekten von gemeinsamem europäischem Interesse wurden bereits auf den Weg gebracht, aber die im Rahmen des Konjunkturprogramms zur Verfügung gestellten Finanzmittel müssen genutzt werden, um diese Initiativen auszuweiten oder zusätzliche Sektoren abzudecken.

Die Ermittlung von Investitionsbedarf und -lücken erfordert eine eingehende sektorale und regionale Analyse. Wenn die territoriale Analyse auf nationaler Ebene durchgeführt wird, muss die EU der sektoralen Dimension Beachtung schenken, um die auf nationaler Ebene geleistete Arbeit durch ein klares Abbild der sektoralen Anforderungen zu ergänzen, insbesondere in Bezug auf grenzüberschreitende Infrastrukturen oder EU-weite Industrieprojekte. Zusätzlich zu den oben aufgeführten Referenzdokumenten sollte die Europäische Kommission unverzüglich auch die sektoralen Interessenvertreter konsultieren, um die ermittelten Lücken in Empfehlungen umzusetzen, die den Mitgliedstaaten durch die Leitlinien für die Ausarbeitung ihrer nationalen Resilienz- und Wiederaufbaupläne mitgeteilt werden.

Über das Konjunkturprogramm hinaus muss die makroökonomische Steuerung der EU darauf abzielen, öffentliche und private Investitionen zu unterstützen und Insolvenzen zu vermeiden. Sie sollte nicht auf eine kurzfristige Haushaltskonsolidierung oder Haushaltsdisziplin ausgerichtet werden. Die derzeit niedrigen Zinssätze müssen genutzt werden. Die allgemeine Ausweichklausel des Wachstums- und Stabilitätspakts muss weiterhin zur Anwendung kommen, bis eine tiefgreifende Reform der makroökonomischen Steuerung der EU vorgeschlagen wird. Außerdem müssen die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (Pandemie-Notkaufprogramm, niedrige Zinssätze, erweiterte Kreditvergabepolitik) so lange wie möglich verlängert werden, um dem Euroraum zu helfen, den Schock der Pandemie abzufedern. Darüber hinaus muss auch die Lockerung der Regeln für staatliche Beihilfen ausgeweitet werden, um den Regierungen die Möglichkeit zu geben, bei Bedarf Unterstützung zu gewähren (z.B. direkte Zuschüsse, öffentliche Garantiesysteme, subventionierte Zinsen, Exportkreditversicherungen durch den Staat, Lohnsubventionen, Stundungen von Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen).

Die Rückzahlung von Krediten im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm sollte in erster Linie durch Optionen erfolgen, die nicht zu einer Kürzung der für künftige EU-Programme und -Fonds verfügbaren Mittel führen. Neue Eigenmittel müssen auf Wirtschaftsaktivitäten ausgerichtet sein, die während der Pandemie und des Lockdowns Gewinne erwirtschaftet haben. Daher müssen neue Eigenmittel eingesetzt werden, um die Einführung einer Digitalsteuer, einer Finanztransaktionssteuer und einer konsolidierten koordinierten Körperschaftssteuer auf EU-Ebene zu beschleunigen. Ressourcen, die durch einen möglichen künftigen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, falls ein solcher verabschiedet wird, oder die Auktionseinnahmen aus dem Emissionshandelssystem eingenommen werden, können dazu beitragen, aber nur in einem solchen Maße, dass ihre wichtigsten politischen Ziele nicht gefährdet werden und die WTO-Kompatibilität gewährleistet ist.

Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, dass eine progressive Besteuerung zum Rückgrat der Erholung in Europa wird. Wir können nicht weiterhin zulassen, dass Unternehmen Gesetze umgehen und Steuern hinterziehen, sowie Steueroasen innerhalb Europas und ausserhalb benutzen, während die Arbeitnehmer*innen die Hauptlast der Krisen tragen, die sie nicht verursachen.

Seit Beginn der Pandemie hat die strategische Bedeutung einer starken und widerstandsfähigen industriellen Basis in der EU zugenommen, um die Verbindungen zu diversifizierten Lieferketten in Europa und weltweit zu gewährleisten. Die Konjunkturstrategie muss auf die Stärkung dieser industriellen Basis abzielen. Die EU muss ihre Handelspolitik in diesem Sinne überprüfen, um Sektoren, die sich aufgrund von unlauterem Wettbewerb durch Drittländer in einer Krise befinden, besser zu schützen, insbesondere diejenigen, die mit globalen Überkapazitäten konfrontiert sind. Die EU muss außerdem die Verabschiedung ihrer Strategie zur Bekämpfung nachteiliger ausländischer Subventionen sowie die Annahme eines verhältnismäßigen und WTO-kompatiblen CO₂-Grenzanpassungsmechanismus beschleunigen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen einheimischen und ausländischen Herstellern in Bezug auf die Kohlenstoffpreise zu erreichen. IndustriAll Europe unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments nach einem vorübergehenden Verbot ausländischer Übernahmen von europäischen Unternehmen in strategischen Sektoren durch staatliche Unternehmen oder Unternehmen, die mit einer Regierung eines Drittlandes verbunden sind. Bei der Überwindung dieser großen Krise dürfen wir nicht ignorieren, dass die Verschlechterung der Lebensstandards der Menschen und Arbeitslosigkeit nationalistische Lösungen befeuern können. Ein europäischer Konjunkturaufschwung muss vielmehr die Solidarität unter den Ländern und Menschen sowie Handelsbeziehungen auf der Grundlage universeller Regeln zum Schutz der Menschen und des Planeten fördern.

Unterstützungsmechanismen zum Erhalt der Arbeitsplätze werden weiterhin gebraucht

Wir erleben gerade eine zweite Infektionswelle und es zeigt sich deutlich, dass die Krise nicht vorbei ist. Wir fordern deshalb, dass die zum Schutz der Arbeitnehmer*innen und der Wirtschaft getroffenen Maßnahmen so lange wie erforderlich verlängert werden, d. h. bis zur vollständigen Erholung der Wirtschaft und der Sicherung der Arbeitsplätze. Ein vorzeitiges Ende dieser Soforthilfemaßnahmen bei

anhaltender Gesundheits- und Wirtschaftskrise würde nur zu einer massiven Insolvenz- und Entlassungswelle führen. Folge wäre eine Explosion der Ungleichheit und Armut in Europa, die um jeden Preis vermieden werden muss.

Es müssen alle erforderlichen Mittel auf europäischer und nationaler Ebene bereitgestellt werden, um einen sozial gerechten und integrativen Aufschwung zu unterstützen. Wir fordern daher eine Erhöhung der sozialen Investitionen im MFR und insbesondere im ESF+. Das Unterstützungspaket für Jugendbeschäftigung darf nicht nur ein kleiner Teil des ESF+ bleiben, sondern muss mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden, wenn wir den jungen Menschen tatsächlich eine aussichtsreiche Zukunft bieten wollen. Darüber hinaus darf das EU-SURE-Programm kein einmaliges Instrument bleiben. Es muss so lange wie erforderlich verlängert werden. Besondere Aufmerksamkeit muss den jüngeren Generationen gewidmet werden, die während ihrer Lehre, Ausbildung, ihres Studiums oder ihrer Umschulung in Not geraten sind. Mehr denn je muss ihnen eine zweite Chance gegeben werden.

Wir brauchen stärkere soziale und steuerrechtliche Auflagen, die an die öffentliche finanzielle Unterstützung von Unternehmen geknüpft sind. Es ist nicht hinnehmbar, dass Unternehmen, die wirtschaftliche Unterstützung durch die Regierungen und die EU erhalten haben, weiterhin Dividenden ausschütten, eine gerechte Besteuerung umgehen und nun damit beginnen, Beschäftigte zu entlassen. Die öffentlichen Gelder, die diese Unternehmen erhielten, sollten Arbeitsplätze sichern und Unternehmen vor Insolvenzen schützen, nicht aber die Dividenden der großen Bosse garantieren. Diejenigen, die sich solcher unlauteren Praktiken schuldig gemacht haben, müssen zur Rechenschaft gezogen und aufgefordert werden, das erhaltene Geld zurückzuzahlen oder es für den eigentlichen Zweck zu verwenden und in ihre Unternehmen zu investieren, um Arbeitsplätze zu sichern. Wir verurteilen scharf das empörende Verhalten einiger Aktionäre und Arbeitgeber, die nach wie vor nur an ihren eigenen Profit denken, ohne die Beschäftigten zu berücksichtigen, die zu diesem Profit beigetragen haben.

Wir fordern Alternativen zu Umstrukturierungen. Die Regierungen müssen eingreifen und dafür sorgen, dass Umstrukturierungen das letzte Mittel sind, insbesondere in den Fällen, in denen die Unternehmen in den letzten Monaten von öffentlichen Geldern profitiert haben. Die Arbeitgeber müssen Verantwortung übernehmen und alle möglichen Maßnahmen ausschöpfen, bevor sie mit Umstrukturierungen und Entlassungen beginnen.

Auch wir als Gewerkschaften müssen unserer Verantwortung gerecht werden und in internationaler Solidarität handeln, insbesondere bei Umstrukturierungen in multinationalen Unternehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Arbeitgeber uns im Kampf um Arbeitsplätze, bei Produktionsrückverlagerungen und beim Wettlauf nach unten spalten. Wir müssen zusammenstehen und alle möglichen Kanäle und Instrumente nutzen, um uns abzustimmen, uns gegenseitig auf dem Laufenden zu halten und geschlossen zu handeln. Gemeinsam sind wir stärker und können besser für unser gemeinsames Interesse, nämlich die Verteidigung der Arbeitnehmer*innen in der europäischen Industrie, kämpfen.

Keine Sparpolitik durch die Hintertür

Angesichts der explodierenden Arbeitslosigkeit und der allgegenwärtigen Prekarität in der Gesellschaft, insbesondere unter Jugendlichen und Frauen, kann es nicht vorrangig darum gehen, durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Es kann auch nicht darum gehen, die kurzfristige Wettbewerbsfähigkeit durch Druck auf die Löhne zu verbessern. Da die Gesundheitssysteme nach wie vor unter großem Druck stehen, wäre es verrückt, die Sozialbeiträge zu senken. Die Gewährleistung von Inklusivität und Solidarität muss zu den obersten Zielen des EU-Aufschwungs gehören.

Die Regulierung der Sonderfazilität darf keine makroökonomischen Bedingungen aufstellen, die den Zugang der Mitgliedstaaten zu dem Fonds erschweren würden. Wie bereits erwähnt, kann im gegenwärtigen Kontext eines tiefen wirtschaftlichen Abschwungs und niedriger Zinssätze die Haushaltskonsolidierung kein Kriterium für die Bewertung der nationalen Stabilitäts- und Konjunkturprogramme sein.

Die Bewertung der nationalen Pläne durch die EU-Kommission muss auf der Grundlage transparenter Kriterien erfolgen, die sicherstellen, dass diese Pläne greifbare Ergebnisse für die Arbeitnehmer*innen bringen. Ziel muss es sein, die Menschen zu unterstützen und nicht sie durch Haushaltskonsolidierung und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben oder eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsrechts zu bestrafen. Durch die Bewertung muss auch sichergestellt werden, dass die EU-Gelder für Projekte ausgegeben werden, die im Einklang mit den wichtigsten politischen Zielen der EU stehen, und von Regierungen, die die Grundprinzipien der EU, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, achten.

Das Europäische Semester muss konstruktiv genutzt werden und nicht als Instrument zur Untergrabung der Sozialsysteme und zur Aushöhlung des Sozialdialogs und der Tarifverhandlungen in den Mitgliedstaaten.

In einigen Ländern scheint die Krise genutzt zu werden, um soziale Rechte einzuschränken, Tarifverträge (mit stillschweigender Zustimmung der Regierung) nicht zu respektieren oder Tarifverhandlungssysteme durch den Rückzug aus Branchenverhandlungen und Drängen auf individuelle Verhandlungen oder das Verschieben sektoraler Tarifverhandlungsrunden zu schwächen.

Nichts über uns ohne uns

In den meisten Mitgliedstaaten waren die Gewerkschaften kaum an der Diskussion über die Prioritäten der nationalen Konjunkturpläne beteiligt. In anderen Fällen wurden die Gewerkschaften zwar beteiligt, aber die Regierungen neigten dazu, ihre Vorschläge ohne wirkliche Prüfung abzulehnen. Jetzt, da wir in die entscheidende Phase der Fertigstellung der nationalen Konjunkturpläne eintreten, die der Kommission bis Ende April 2021 vorzulegen sind, muss die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten ausdrücklich dazu auffordern, die nationalen und sektoralen Sozialpartner zu konsultieren, um zu ermitteln, wo Bedarf im Hinblick auf Investitionen, soziale Maßnahmen oder Schulungen besteht.

Arbeitgeber und nationale Regierungen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und sich konstruktiv für eine faire Konjunkturerholung einsetzen. Die Arbeitgeber müssen aufhören, die Krise auszunutzen und aufhören, auf mehr Flexibilität zu drängen und die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, insbesondere auf Unterrichtung und Anhörung sowie Tarifverhandlungen, zu verletzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass einige Arbeitgeber sich derzeit weigern, Tarifverträge zu respektieren und sich an den Verhandlungstisch zu setzen und stattdessen auf Einzelverhandlungen drängen. Die politischen Entscheidungsträger auf nationaler Ebene müssen aufhören, die Augen vor diesen Verletzungen der Arbeitnehmerrechte zu verschließen. Sie müssen beiden Sozialpartnern zuhören und dürfen nicht nur die Ansichten der Arbeitgeber berücksichtigen. Wird die Krise missbraucht, um Sozial- und Arbeitnehmerrechte einzuschränken, führt dies in eine Katastrophe. Eine faire Erholung hin zu einer gerechteren Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn die Bedürfnisse der durch ihre Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmer*innen berücksichtigt werden.

Die Gewerkschaften sind kein Rettungsdienst – der nur in dringenden Fällen gerufen wird. Der soziale Dialog und die Beteiligung der Arbeitnehmer*innen auf allen Ebenen, einschließlich der sektoralen und betrieblichen Ebene, sind für unsere Demokratien und für die Legitimität des Konjunkturprogramms in der EU und darüber hinaus von entscheidender Bedeutung. Die politischen Führer, Entscheidungsträger und Arbeitgeber müssen guten Willen zeigen und sicherstellen, dass die Arbeitsbeziehungen in den kommenden Monaten gestärkt und nicht weiter ausgehöhlt werden.